

Post aus Berlin

Rundbrief der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD

A large, stylized red arrow graphic that curves upwards and to the right, positioned below the "AfD" text.

Auszug meiner Demo-Friedensrede zu: „Nicht unser Krieg!“

Jahrzehntelang bestand Einigkeit: **„Keine Waffen in Krisen- oder gar Kriegsgebiete“!**

Eine RotGrüne Regierung unter einem Kanzler der ehemaligen Friedenspartei SPD sendet jetzt erstmals seit 1945 wieder Kampfpanzer nach Osten. **Wollen Sie das?**

Inzwischen reden wir von Waffenlieferungen in hohem Mrd.-Wert! Krieg beflügelt immer die Teuerung – **in Deutschland derzeit vor allem durch die horrenden Energiepreiserhöhungen, die der faktische Krieg mit Russland dauerhaft machen wird.** Krieg ist also nicht nur grausam, sondern auch asozial: **In der Ukraine durch die direkten Kriegszerstörungen – und in Deutschland durch die politikgemachte Energiepreis-Explosion ohne jede Not!**

Wir haben bereits 100 Milliarden Euro „Sondervermögen“, also „Sonderschulden“ durch unsere Kriegsbeihilfe bekommen.

Das sind die fehlenden Staatsleistungen für Krankenhäuser und Schulen und Kindergärten! **Wollen Sie das?**

Helme, Truppentransporter, Panzer, Raketenabwehrsysteme: Die Bundeswehr ist zum Supermarkt für Waffen verkommen. Kriegsminister Pistorius behauptet, er beschaffe Material „für die Bundeswehr“! Nein: Die Regierung nutzt die Bun-

deswehr und den deutschen Steuerhaushalt als kurzfristiges Zwischenlager für den Waffen- und Geldtransport in die Ukraine! Solange der Krieg anhält, werden unsere Bestände ständig zugunsten der Ukraine geplündert. 12 **Milliarden** deutsche Euro sind alleine nur in den letzten **vier Wochen** direkt oder versteckt-indirekt in Form von Waffen und Rüstungsgeld in den Krieg geflossen. **Wollen Sie das?**

Deutschland darf die Ukraine nicht mit Waffen oder mit Geld für Waffen beliefern. Wir lehnen das ab!

Die Bundeswehr darf nach dem Grundgesetz eine Armee **nur** zur Landesverteidigung sein. Evtl. auch mit Bündnisverpflichtungen. Aber die **gibt** es hier nicht. Weder nach EU- noch nach NATO-Verträgen. Es **ist** nicht unser Krieg! Und schon gar nicht unser Verteidigungskrieg!

Erinnern Sie die Verrückten in Berlin daran, in wessen Auftrag sie handeln. In Ihrem nämlich! Helfen Sie alle dabei mit! Die AfD kann und wird hier aber Ihre Speerspitze im Parlament sein.

Ich danke Ihnen – im Namen eines friedlichen Deutschlands!

Ganze Rede hier nachlesen/ansetzen <https://www.pboehringer.de/demo-rede-gegen-die-kriegstreiber-aller-altparteien>

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU
- AfD-Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO-Stiftung

 <https://t.me/pboehringer>

 peter.boehringer@bundestag.de

 www.pboehringer.de

 [/PeterBoehringer](https://twitter.com/PeterBoehringer)

 [/pboehringer](https://www.instagram.com/pboehringer)

 [/Peter.BoehringerCom](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom)

Bundeswehr: Von der Politik kaputtgespart

Liebe Freunde und Mitstreiter,

die Wehrbeauftragte Eva Högl hat am 20. April ihren Jahresbericht vorgestellt und dieser ist – wieder einmal – besorgniserregend! Er offenbart erhebliche Mängel bei der Ausrüstung und Ausbildung der Bundeswehr. Einsatzbereitschaft und die Verfügbarkeit von Waffensystemen sind so schlecht, dass die Sicherheit unserer Soldaten und unseres Landes gefährdet wird! Die Bundeswehr hat von allem zu wenig – Panzer, Boote, Schiffe, Flugzeuge, Tiger; es gibt kein großes Gerät, was in größerer Stückzahl vorhanden ist. Auch die medizinische Versorgung und Unterbringung der Soldaten sind mangelhaft; unsere Kasernen sind in einem erbärmlichen Zustand, es fehlt an Unterkünften, Toiletten, sauberen Duschen und sogar WLAN. Da wundert es niemanden mehr, dass es auch beim Personal problematisch ist: Die Einstellungen haben zwar zugenommen, doch die Abbruchquote in den ersten sechs Monaten ist deutlich zu hoch, die Bewerbungen gingen um 11 Prozent zurück. Viele im Bericht aufgeführte Probleme sind seit Jahren bekannt.

Getan hat sich seitdem erschreckend wenig. Zeitenwende? Wohl kaum. Der Bericht belegt, dass unsere Streitkräfte noch blanker dastehen als zuvor: Von den 100 Milliarden ist im Jahr 2022

noch kein Euro und Cent bei der Bundeswehr angekommen, das Beschaffungswesen ist behäbig, alles dauert viel zu lange. Es gibt einen Investitionsbedarf von 50 Milliarden Euro und braucht ein halbes Jahrhundert, um dies umzusetzen! Zusätzliche Mittel sind dringend notwendig, jedoch scheint die Regierung wenig Interesse daran zu haben, die Situation zu verbessern und verteidigt stattdessen ihre Politik. Jetzt muss zügig gehandelt werden, um die Sicherheit unserer Soldaten und unseres Landes zu gewährleisten – so, wie ich es gemeinsam mit meinen AfD-Kollegen aus dem Arbeitskreis Verteidigung seit Jahren fordere! Die Wehrbeauftragte selbst verlangt klar und deutlich: An die Ukraine abgegebenes Material muss zügig wiederbeschafft werden und der Verteidigungshaushalt muss dauerhaft auskömmlich ausgestattet werden, dafür reicht nicht nur das Sondervermögen, denn die Kosten steigen überall. Die Rahmenbedingungen müssen insgesamt verbessert werden, damit die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiver wird. Eine für die nationale Landesverteidigung gut aufgestellte Bundeswehr erfordert einen souveränen Ansatz in der Verteidigungspolitik. Und wenn wir die Entwicklung der letzten Jahre verfolgen wird schnell klar: Das wird auf Dauer nur die AfD-Fraktion leisten können.

Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

• Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Stellv. Mitglied

• Verteidigungsausschuss

 peter.felser@bundestag.de

 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

 www.peterfelser.de

Der grüne Raubzug am Mittelstand

Als Bürger dieses Landes haben wir uns immer auf den Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft verlassen. Die Ideologie der Klimaneutralität, besonders in Deutschland, stellt jedoch eine reale Krise für den Mittelstand dar. Die grünen Enteignungsphantasien machen noch nicht einmal vor dem Eigenheim halt. Der im EU-Parlament beschlossene Green Deal mit dem Ziel der Klimaneutralität unseres Kontinents bis zum Jahr 2050 stellt eine noch nie dagewesene Transformation unserer Wirtschaft dar. Die letzte Abstimmung dazu in Brüssel soll nun Immobilienbesitzer zu teuren Dämmmaßnahmen ihres Wohneigentums zwingen, die pro Haus schnell einen dreistelligen Betrag als Mehraufwand erreichen können und damit oftmals den Wert des Hauses übersteigen. Insbesondere Rentner werden die Amortisierung ihrer erzwungenen Sanierung kaum noch erleben. Viele von ihnen sind damit finanziell wie psychisch völlig überfordert.

Die neuen Dämmvorschriften der EU sollen wohl abgestimmt das neue Heizungsgesetz unseres Klimaministers Robert Habeck ergänzen. Nach diesem Gesetz müssen schon ab nächstem Jahr alle neu eingebauten Heizungen mit mindestens 65 Prozent „erneuerbaren“ Energien betrieben werden. Dies lässt sich nur mit Wärmepumpen realisieren, die aber sehr viel teurer als Öl- oder

Gasheizungen sind. Und sie eignen sich vorrangig für den Betrieb von Fußbodenheizungen. Die alten Heizkörper abzubauen, den Fußboden aufzureißen und eine Fußbodenheizung zu verlegen, würde aber weitere gewaltige Zusatzkosten verursachen. De facto ist die grüne Verbotspolitik der EU und der Ampel ein Verarmungsprogramm für die Bürger. Und ein gewaltiger Verlust an Entscheidungsfreiheit.

Die grüne Transformation wird die Schere zwischen Arm und Reich weiter vergrößern und EU-weit zum Verlust von Millionen Arbeitsplätzen in der Rohstoffindustrie, den energieintensiven Industriezweigen und der Automobilindustrie führen. Der zunehmende Wohlstandsverlust soll von der deutschen Bevölkerung genauso klaglos hingenommen werden, wie der Freiheitsentzug in der Corona-Zeit.

Wir wollen diesen Transformation unserer einst führenden Industrienation in Armut und Elend beenden und fordern den sofortigen Stopp der ideologiegetriebenen, umweltzerstörenden Klimapolitik und Übergriffigkeit der Ampel. Und wir wollen uns keinesfalls von einem undurchsichtigen EU-Konglomerat unsere Bauvorschriften diktieren lassen. Unser Ziel ist es, den Traum der arbeitenden Bevölkerung vom Eigenheim wieder erreichbar zu machen.

Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Obfrau Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 gerrit.huy@bundestag.de

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

 www.gerrithuy.de

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 t.me/gerrithuy

 YouTube

 [@gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

Die Lügen über das Jobwunder und den niedrigen Strompreis der Transformation

Im Rahmen der Energiewende und weiterer sonstiger Wenden wird viel Unsinn und Unwahrheit verbreitet. Zwei sehr oft verbreitete Mythen sind zum einen der angeblich unschlagbar günstige Strom aus sog. Erneuerbaren, wenn die Energiewende erst weit genug fortgeschritten ist und zum anderen die vielen zehntausenden von Arbeitsplätzen die bei der Transformation des Energiesektors in Deutschland im Energiesektor entstehen werden.

Zeit sich mit diesen Wunschvorstellungen der grünen Technologiefunde zu beschäftigen.

Die Versprechen von billigem Zufallsstrom und einem Jobwunder ist nicht nur auf Deutschland beschränkt wie ich bei meiner kürzlichen Reise auf die iberische Halbinsel erfahren durfte. Der allererste Termin der Reise war ein Treffen mit der portugiesischen Staatssekretärin für Umwelt und Klima. In der kurzen Besprechung wurde neben den Zukunftphantasien über reichlich Wasserstoff für Deutschland auch vom Jobwunder von 200.000 Arbeitsplätzen in Portugal geredet. Interessanterweise wurde beim letzten Termin in Portugal genau dieses Jobwunder auf meine Frage hin vom zuständigen Gewerkschaftschef in Frage gestellt. Dieser glaubte nicht daran.

In dieser Frage zeigt sich schnell der Widerspruch. Strom kann nicht gleichzeitig preiswert sein, aber auf der anderen Seite mit den Gewinnen eines preiswerten Stromes äußerst zahlreiche Arbeitsplätze unterhalten.

Betrachten wir die Zahlen aus Portugal. 200.000 Arbeitsplätze sollen im Energiesektor dort entstehen und in 2035 80% des Stromes von derzeit 50 TWh/a erneuerbar erzeugen, also 40 TWh. Das Durchschnittsgehalt in Portugal beträgt 1200 € im Monat. Aus diesen Zahlen können wir berechnen welche Summe als jährliche Lohnkosten anfallen und welchen Anteil am Strom diese Lohnkosten ausmachen würden. Das Ergebnis sind satte 7 ct/kWh als reiner Lohnkostenanteil!

Das liegt weit über den bekannten Gestehungskosten von Strom aus Braun- und Steinkohle oder Kernkraft. Ein solcher Lohnkostenanteil kann niemals zu preiswertem Strom führen und ist damit ein weiteres Indiz dafür, dass das Versprechen der Regierung von angeblich sinkenden Strompreisen bei fortschreitender Energiewende nicht erfüllt werden kann.



Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss

 @Dr_Rainer_Kraft

 /RainerKraftAfD

 www.rainer-kraft-mdb.de

 /dr.rainer.kraft

Deutschland im Spannungsfeld von Großmachtinteressen

Durch den Krieg in der Ukraine verschieben sich gerade weltweit die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Ehemalige Entwicklungs- oder Schwellenländer wie Indien und Brasilien gewinnen an Einfluss.

Das nordatlantische Verteidigungsbündnis, die NATO, der Frankreichs Präsident Macron noch vor kurzem den „Hirntod“ bescheinigt hat, gewinnt ebenfalls an Bedeutung. Der amerikanische Einfluss im Bündnis, als auch der Einfluss der USA auf die EU, ist stark gestiegen. Die Baltischen Staaten und Polen stützen sich sicherheitspolitisch voll und ganz auf die Großmacht USA ab und nicht auf die EU, die sie in diesem Bereich als bedeutungslos empfinden, schon gar nicht als „Schutzmacht“.

Genau diesen erbärmlichen Eindruck der Bedeutungslosigkeit hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kürzlich bei ihrem Besuch in China vermittelt bekommen. Wer sich auf internationalem Parkett wie eine Regierungschefin aufspielt, ohne diesen Status überhaupt zu haben, muss sich nicht wundern am Flughafen wie ein „normaler“ Passagier behandelt zu werden, während der französische Präsident von Chinas Staatspräsident Xi Jinping als Staatsgast mit rotem Teppich und militärischen Ehren geehrt wird.

Macron hat auch deutlich gemacht, Frankreich nicht in den Großmacht-Konflikt zwischen den USA und China hineinziehen zu lassen, eine Position von der sich die „wertegeleitete“, feministische Außenministerin Baerbock für Deutschland sofort distanziert hat.

Sie bleibt lieber ein willenloser Vasall im Schlepptau US-amerikanischer Großmachtinteressen. Die USA wollen den weiteren wirtschaftlichen und militärischen Aufstiegs Chinas, dass sie als „Systemrivalen“ betrachten, an die Weltspitze mit allen Mitteln verhindern. Die Gefahr eines Krieges um Taiwan ist dadurch mehr als wahrscheinlich. So werden in US Think-Tanks bereits Szenarien einer direkten Konfrontation der USA mit der Volksrepublik China durchgespielt. Diese ergaben Verlusten mit zehntausenden von Toten und massivem Verlust an Material auf beiden Seiten, wie sie seit dem II. Weltkrieg nicht mehr gesehen wurden, u.a. den Verlust von 2 US-Flugzeugträgern. Im Vergleich dazu sind der Ukraine-Krieg und die dortigen Verluste nur eine Marginalie.



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung



/GeroldOttenAfD



@gerold_otten



/gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de



/t.me/MdB_Otten

Das politische Berlin zum Anfassen

Ende März folgten 42 Bürger aus dem Wahlkreis Rottal-Inn und Umgebung meiner Einladung und besuchten vier Tage lang die Bundeshauptstadt Berlin. über die Arbeit im Bundestag zu erfahren. Zum Abschluss der Reise ging es auf die Reichstagskuppel mit einem 360° Ausblick über die Hauptstadt.

Im Rahmen des Programms besuchte die Reisegruppe politische Sehenswürdigkeiten, wie das Alliierten-Museum, welches Einblicke in die Zeit der Teilung Deutschlands gewährt, sowie das Militärhistorische Museum am Bundeswehrflugplatz. An diesem historischen Ort werden Wissen und Geschichten aus über 120 Jahren militärischer Luftfahrt und Luftkrieg lebendig - multiperspektivisch, kritisch und mit vielen Personenbezügen erzählt.

Für die nächste Fahrt im September gibt es noch freie Plätze, für die sich interessierte Bürger anmelden können. Für weitere Infos melden Sie sich gerne telefonisch im Wahlkreisbüro Eggenfelden unter der 08721 5078762.

Ein Besuch im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, gab den Besuchern bei einem Informationsgespräch die Möglichkeit eines Austauschs vor Ort.

Im Anschluss folgte eine Stadtrundfahrt durch die Bundeshauptstadt mit dem Reisebus, orientiert an den politischen Gesichtspunkten Berlins, vollgepackt mit Sehenswürdigkeiten und Informationen zur Geschichte von Berlin.

Der Höhepunkt der Fahrt war die Besichtigung des Bundestages, bei der die Teilnehmer auf der Besuchertribüne eine Plenarsitzung verfolgen konnten. Danach hatten die Reisenden die Möglichkeit mit mir zu Diskutieren und mehr

Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

@ stephan.protschka@bundestag.de

f / [protchka.stephan](https://www.facebook.com/protchka.stephan)

www www.stephan-protschka.de

Corona-Untersuchungsausschuss: Altparteien gegen Aufklärung

Der Bundestag hat es abgelehnt, einen Untersuchungsausschuss zur jahrelangen Corona-Politik einzusetzen. Unsere AfD-Fraktion forderte in einem Antrag (Drucksache [20/3706](#)) die Corona-Maßnahmen der Bundesregierungen unter Kanzlerin Merkel und Kanzler Scholz zu untersuchen. Während die AfD geschlossen für eine umfassende Aufarbeitung stimmte, schlossen sich lediglich zwei Unionsabgeordnete und zwei fraktionslose Abgeordnete unserem Antrag an. Ein deutliches Zeichen der Ignoranz gegenüber allen Opfern der Corona-Willkür der Jahre 2020 bis 2023.

Es ist mehr als deutlich: Die Altparteien wollen sich kein Bild über die Handlungen der Bundesregierung(en) vor und während der Corona-Zeit verschaffen, sie wollen die massiven Grundrechtseinschränkungen nicht untersuchen und die Maßnahmen in Deutschland nicht mit denen in anderen Ländern vergleichen.

Sie wollen auch nicht klären, ob die in Deutschland zugelassenen Impfstoffe das Zulassungsverfahren ordnungsgemäß durchlaufen haben und ob Impfnötigung und Impfpflicht angebracht waren. Auch die Auswirkungen der Lockdowns auf Kinder und unsere Wirtschaft bleiben somit unaufgeklärt.

Im Klartext bedeutet dies: Die Folgen der Corona-Politik unter den Gesundheitsministern Spahn (CDU/CSU) und Lauterbach (SPD) sollen auch weiter ein Tabu bleiben.

Dennoch wird unsere Fraktion nicht lockerlassen, weiter Licht ins Dunkel zu bringen. So hat eine Anfrage meines Kollegen Thomas Dietz Ende März ergeben, dass die Bundesregierung derzeit auf Covid-19-Impfstoffdosen für die nächsten 126 Jahre sitzt – über 227 Millionen Dosen; ausgehend von einem Verbrauch von derzeit knapp 150.000 Dosen pro Monat. Ja, es lassen sich tatsächlich immer noch Menschen gegen Corona impfen! Diese unglaubliche Verschwendung von Steuermitteln darf nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Aktuell laufen Anfragen meines Büros und unseres gesundheitspolitischen Arbeitskreises an die Regierung, um die immer noch nicht ausgewerteten Impfnebenwirkungen zu analysieren. Bundesgesundheitsministerium, sowie die ihm untergeordneten Institute Robert-Koch und Paul-Ehrlich, verträsten seit Monaten, längst zugesagte Daten vorzulegen und auszuwerten. Die Aufarbeitung der sogenannten „Corona-Pandemiezeit“ wird ein Marathonlauf.

Die AfD-Fraktion ist dafür bereit. Wir sind dies unserem Land schuldig.

Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Gesundheit
 - Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Gesundheitspolitischer Sprecher

 /sichertmartin

 /martinsichert

 /martinsichertinfo

 /MartinSichertMdB

 /Martin_Sichert

 martin.sichert@bundestag.de

ESG: EU will Unternehmen (bald auch Bürgern?) ein Öko-Sozialpunkte-System überstülpen

Im Rahmen des Billionen-teuren Green Deal der EU taucht eine neue Mega-Bedrohung für unsere Freiheit am Horizont auf namens ESG: Es steht für Environment, Social und Governance, zu Deutsch „Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführung“.

Unter diesen Schlagwörtern wird mit bunt-grünen Verpackungstricks wie „Klimaschutz“, „Reduktion von Kinderarbeit“ und „Gleichberechtigung“ ein System rigider Kontrolle in der Wirtschaft etabliert. Was für die Bürger einmal Sozialpunkte nach chinesischem Vorbild sein sollen, wird für Unternehmen ESG sein.

Firmen sollen genötigt werden, interne Mechanismen zu schaffen, welche stets mit der aktuellen Woke-Agenda im Westen d'accord gehen – sonst drohen herbe Nachteile bei deren Kapitalbeschaffung. Auch sollen am Kapitalmarkt private Kapitalflüsse in besonders ESG-konforme Unternehmen umgelenkt werden – kleine Firmen werden mal wieder ausgebootet. Die Regeln werden noch recht unklar gehalten, was die Unternehmen umzusetzen haben. Aber sie sind sehr präzise im Berichts-, Kontroll-, Steuerungs- und Bestrafungswesen. Hier kann man schon den öko-sozialistischen Braten riechen.

Die ESG-Umweltziele der EU für Unternehmen drehen sich entsprechend der

üblichen Begleitpropaganda der Volkserziehungsmedien primär um den kostspieligen CO₂-Ablasshandel, der zukünftig auch für die Privatbürger zur Kontrolle und Gängelung ihrer Lebensweise kommen wird.

Unternehmen, die nicht mitspielen, erleiden Abzüge in ihrem ESG-Wert. So sorgt die EU-Kommission dafür, dass ESG-renitente Unternehmen schwieriger Fremdkapital erhalten oder ihre Lieferverträge einfacher kündbar sein sollen. Letztendlich soll analog zum allseits geförderten Denunziantentum in Deutschland auch ein allseitiger ESG-Druck innerhalb der gesamten Wirtschaft in der EU aufgebaut werden.

ESG für Bürger bedeutet mittelfristig faktisch ein „Sozialpunkte“-System wie in China. CO₂-Konten sollen den Bürger gängeln: Jeder erhält ein persönliches CO₂-Kontingent. Wer mehr verbraucht, muss teuer nachkaufen – Urlaub, Steak oder Autofahren ist dann eine Frage des Geldbeutels für den Normalbürger. Aus Luft wird Geld gemacht und der Bürger seiner Freiheit beraubt. Mit der schon in der Schublade liegenden Bargeldabschaffung im Rahmen einer digitalen Zentralbankwährung wären der Bürgerkontrolle keine Grenzen mehr gesetzt.

Wir müssen jetzt aufstehen oder bald schon für immer schweigen.

Dr. Rainer Rothfuß, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

• Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union

 rainer.rothfuss@bundestag.de

 [/Dr.Rainer.Rothfuss](https://www.facebook.com/Dr.Rainer.Rothfuss)

 www.rainer-rothfuss.de

 t.me/rainerrothfuss

 [/@DrRainerRothfu](https://www.youtube.com/@DrRainerRothfu)

 [/DrRothfuss](https://twitter.com/DrRothfuss)

**Gefällt Ihnen unser
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**